Stadtzeitung der
Deutschen
Kommunistischen
Partei
Mörfelden

November 1986

blick punkt

Nr. 191

Die DKP überreichte der Stadtverordneten-Versammlung erste 914 Protestunterschriften. Die Bürger unserer Stadt fordern mehrheitlich:

Keine Gebührenerhöhung in Mörfelden-Walldorf!

Während der Stadtverordneten-Sitzung übergab die DKP die ersten Unterschriften gegen Gebührenerhöhungen in unserer Stadt. Sie verteilte dabei nachfolgenden Appell an die Stadtverordneten der SPD, GBL und CDU:

Heute abend legt der Stadtkämmerer den Entwurf für den Haushalt 1987 vor. Im neuen Haushalt ist die Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte und die Erhöhung der Abwassergebühren von 1,65 auf 2,20 DM vorgesehen.
Dagegen wenden wir uns und sagen: Laßt die Gebühren „eingefroren"!
Die Bürger werden gerade genug geschröpft, da sollte die Stadt nicht auch noch in die Taschen der „kleinen Leute" greifen.
Die Forderung muß heißen: „Rüstung und Profite beschneiden! Mehr Geld den Gemeinden!"

Während der Stadtkämmerer den Stadtverordneten die neuen Erhöhungspläne vorlegt, übergeben wir heute abend die ersten Protestunterschriften gegen die geplanten Gebührenerhöhungen. Diese 914 Unterschriften kamen in kurzer Zeit zusammen. Bei der Sammelaktion wurde deutlich: Fast jeder unterschreibt, keiner will Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Bei der Weiterführung der Unterschriftenaktion werden wir belegen, daß 80 bis 90 % der Bevölkerung die vorgesehenen neuen Belastungen ablehnen.
Viele Bürger meinten während der Befragung: „Es ist Zeit, daß etwas gegen die Preistreibereien unternommen wird."
Viele unterschreiben, sagen aber resignierend hinzu: „Es hat wohl keinen Zweck, die machen ja doch was sie wollen."
Gerade diese Aussage finden wir alarmierend. Aber es sind die Erfahrungen unserer Mitbürger:

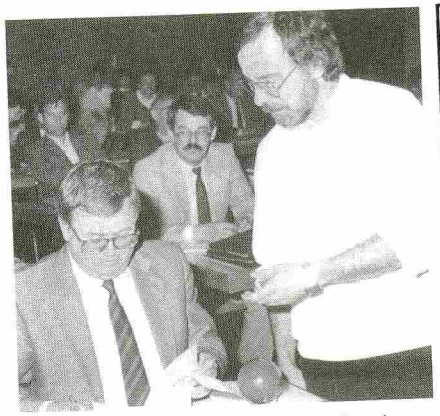
- Sie wollten mit überwiegender Mehrheit keine Startbahn — aber man hat sie betoniert. ☞

Stadtverordneten-Sitzung im Mörfelder Bürgerhaus. Während der 1. Stadtrat Wilhelm Jourdan neue Gebührenerhöhungen ankündigte, zeigten Mitglieder der DKP von den Zuschauerbänken ihre Meinung.

- Sie wollten mit überwiegender Mehrheit keine Pershing II und keine Cruise Missiles – aber man hat sie stationiert.

Deshalb ist die Frage an die Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf mehr als berechtigt: Werden Sie der Gebührenerhöhung zustimmen, obwohl die überwiegende Mehrheit unserer Stadt dagegen ist?
Vielleicht weiß heute der eine oder andere Stadtverordnete nicht mehr, wie hoch das Durchschnittseinkommen der meisten Arbeiter und Angestellten ist, vielleicht haben einige vergessen, daß gerade die Abwassergebühren in wenigen Jahren von 65 Pfennig auf heute 1,65 DM gestiegen sind.
Gerade deshalb appellieren wir an Sie, die Mehrheitsmeinung der Bürger zu beachten. Lehnen Sie die weitere Belastung der Bevölkerung ab!
Auch in dieser Frage kann unsere Stadt ein weithin sichtbares Zeichen setzen.

*



Recht betroffen blickten die Stadtverordneten, als ihnen Mitglieder der DKP während der Parlamentssitzung Flugblätter und rote Lampen überreichten. Jede Lampe hatte einen Anhänger, auf dem es hieß:

„Die Lampe bedeutet: Den Fraktionen soll endlich ein Licht aufgehen!

An der Finanznot der Kommunen ändert sich nichts – auch dann, wenn jedes Jahr an der Gebührenschraube gedreht wird. Heute muß die Forderung heißen: „Rüstung und Profite beschneiden – mehr Geld den Gemeinden!"

Hört deshalb endlich auf, den „kleinen Leuten" das Geld aus der Tasche zu ziehen – sie werden gerade genug „geschröpft".

So gesehen ist diese Birne auch als rotes Licht und Warnlampe zu verstehen.

Die nächste Wahl kommt bestimmt!"

Das auch noch!

Neben den Gebühren für Abwasser soll jetzt auch die Grundsteuer B in unserer Stadt erhöht werden. Stadtkämmerer Jourdan meinte, es wäre Zeit dafür, denn von den 342 Städten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern in der BRD seien lediglich 11 Städte (darunter unsere Stadt), die einen Steuerhebesetz von niedriger als 200 % hätten.
Daß dies so ist, freut uns. Wir haben schließlich seit Jahren dazu beigetragen, daß man nicht so einfach in die Taschen der Bürger greifen kann. In jahrelanger Parlamentsarbeit haben wir darauf verwiesen, daß so die Finanzen der Kommunen nicht zu sanieren sind. (Gerade jetzt muß die Stadt wieder 17,6 Mill. DM aufnehmen.) Die Wahrheit ist, die Städte brauchen entschieden mehr Geld, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Deshalb sagen wir ja auch: „Rüstung runter, Profite runter – mehr Geld den Kommunen". Von den jetzt in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien ist derartiges leider nicht zu hören. Schlußfolgerung: 1989 muß die DKP wieder rein.

rh

Sollen wir da ruhig sein ?

In vielen Jahren ihrer Parlamentsarbeit hat sich die Arbeiterpartei DKP stets quergelegt, wenn Gebührenerhöhungen auf der Tagesordnung standen. Sollen wir heute schweigen, wo man allein die Kanalbenutzungsgebühr um 33 1/3 % erhöhen will?

Wenn man den Wasserverbrauch einer Familie mit 2 Kindern zu Grunde legt (ca. 250 cbm), dann zahlte diese Familie vor fünf Jahren für Wasser und Abwasser 416,66 DM. Im nächsten Jahr soll sie dafür 924,50 DM auf den Tisch legen. Ist das keine Preistreiberei? Soll man da ruhig sein oder soll man seine Meinung sagen? Wir meinen, die Bürger unserer Stadt sollten auch in dieser Frage nicht alles hinnehmen.

Sagen Sie den Verantwortlichen, was Sie von ihrer Gebührenpolitik halten. Unterschreiben Sie die Protestlisten der DKP. Fordern Sie mit uns: „Laßt die Gebühren eingefroren!"

rh

Ein Trauerspiel

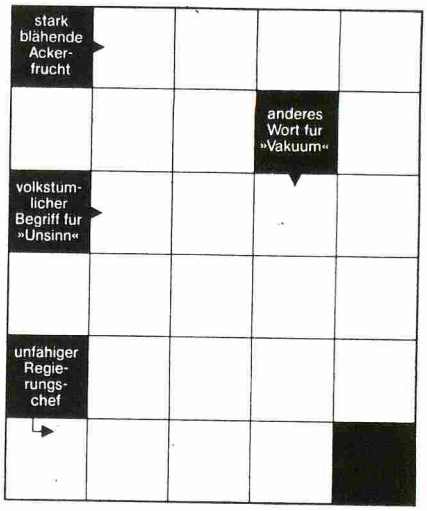
Es war schon ein Trauerspiel in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Obwohl eine Reihe von Tagesordnungspunkten vertagt wurden und andere Anträge ohne Aussprache über die Bühne gingen, kam der Antrag der GBL-Fraktion, zwecks neuer Schilder „Atomwaffenfreie Zone" erst um 22.30 Uhr an die Reihe.
Nun gibt es einen alten Beschluß der Stadtverordneten, die Sitzung möglichst um 22.30 Uhr zu beenden. Es war aber in vielen Jahren üblich, daß Sitzungen nicht abrupt und zwar mitten in einer Antragsbehandlung abgebrochen werden. Der Tagesordnungspunkt 28 der GBL war bereits aufgerufen, und der Vertreter der Fraktion, der die Erklärung für den Antrag abgeben wollte, stand bereits am Mikrofon und begann mit seinen Ausführungen. Die etwas ungeschickte Bemerkung des GBL-Vertreters Meinke, daß er wohl etwas weiter ausholen wolle, veranlaßte den CDU-Stadtverordnetenvorsteher Peez, ihm das Wort zu entziehen und die Sitzung zu unterbrechen. Er rief die Fraktionsvorsitzenden zu sich, und diese stimmten mit Mehrheit, sicher mit der Gegenstimme GBL, gegen die Fortsetzung der Sitzung, so daß der Antrag an diesem Abend nicht mehr zur Behandlung stand. Dies war im Grunde ein Skandal, und die GBL als Antragstellerin hätte in diesem Falle gewaltig protestieren müssen.
Es ist klar, daß die CDU kein Interesse an der Behandlung dieses Antrages hatte, wo doch ihr Fraktionsvorsitzender Jung mit dem Stänkern beim Landrat Erfolg hatte, und der CDU-Mann Peez als Stadtverordnetenvorsteher die Situation geschickt ausnützte.

Aber auch in der SPD-Fraktion regte sich kein Widerspruch. Ihr ist es am liebsten, wenn bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung, bei der der Antrag nun auf der Tagesordnung steht, die Sache als erledigt angesehen werden kann. Vielleicht läßt Bernhard Brehl bis dahin neue Schilder aufstellen. So gibt es keine Gelegenheit mehr, an der dummen Verfügung des Landrates Kritik zu üben. Seine Genossen haben ihn hiervor geschickt bewahrt. Sie sind aber auch einer Auseinandersetzung ausgewichen, die an diesem Abend nötig gewesen wäre. Man hätte ohne Weiteres bei dieser Gelegenheit der CDU, mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Jung, eine Lektion erteilen müssen.

Beiläufig: Auch den Leuten von der Grünen Bürgerliste müßte in einer solchen Situation bewußt werden, daß sie den falschen Mann zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt haben.

Heinz Hechler

Großes Wahlrätsel



Jeder ist für die Lösung selbst verantwortlich!

Eine Kampagne der Arbeitsgemeinschaft »Hohle Birne«, Bonn

Klaus Staeck: Das große Wahlrätsel

Leserbriefe aus der „Frankfurter Rundschau"

„Bürger sind nicht Dukatenesel der Stadt"

Zum Bericht „Die Stadt könnte einen Dukatenesel brauchen" (FR vom 24. Oktober) schickte Gerd Schulmeyer, Wolfsgartenstraße 2, Mörfelden, folgenden Leserbrief:

„Noch vor der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 1987 haben Bürgermeister Brehl und Erster Stadtrat Jourdan die geplanten Gebühren- und Steuererhöhungen offengelegt. Man darf nun gespannt sein, wie die SPD — deren Zustimmung Brehl und Jourdan wohl schon sicher haben — im Stadtparlament eine Mehrheit für den Griff in die Taschen der Bürger zusammenbringt. Vor allem wird interessant sein, was die Zustimmung der CDU oder BGL die Mörfelder und Walldorfer über die Gebühren hinaus noch kosten wird.

Die Bürger sind gut beraten, den Stadtverordneten beizeiten deutlich zu machen, daß sie nicht der Dukatenesel der Stadt sind, sondern als Wähler den Mandatsträgern bei ihren Entscheidungen auf die Finger sehen.

Dies um so mehr, als nach dem Ausscheiden der DKP im Stadtparlament keine Partei mehr Sitz und Stimme hat, die jederzeit grundsätzlich gegen weitere Belastungen der Bürger aufgetreten ist."

„Bürger werden genug geschröpft"

Zum Thema „Abwassergebühren" erhielt die FR von Friedl Küspert, Brückenstraße 10, Mörfelden-Walldorf, folgenden Leserbrief:

„Am 24. Oktober 1986 veröffentlichte die Frankfurter Rundschau die Aussage von Bürgermeister Brehl zu den Abwassergebühren. ‚Gebührenerhöhungen kommen', meint er — ‚das ist so sicher wie das Amen in der Kirche'. Ich ging eigentlich immer davon aus, daß das Parlament eine solche Erhöhung beschließen müßte. Oder weiß der Bürgermeister schon im voraus, wie SPD, CDU und GBL stimmen?

Ich meine, die Stadtverordneten sollten sich gut überlegen, ob sie erneut an der Gebührenschraube drehen. Die Bürger werden genug geschröpft — da sollte die Stadt nicht auch noch ständig in unsere Taschen greifen. Vielleicht haben manche Herren im Rathaus schon vergessen, wie man die Abwassergebühren in den letzten Jahren erhöht hat. Im Jahre 1981 bezahlte man in unserer Stadt 65 Pfennig für den Kubikmeter, heute sind es schon 1,65 Mark, und nach den Plänen im Rathaus soll jetzt auf 2,20 Mark pro Kubikmeter erhöht werden.

Offenbar weiß man in den oberen Rathausetagen nicht, wie teuer das Leben geworden ist. Ich hoffe, daß die Stadtverordneten nicht leichtfertig den Erhöhungsplänen zustimmen".

„Gebührenerhöhung ein starkes Stück"

Zur geplanten Erhöhung der Abwassergebühren in Mörfelden-Walldorf (FR vom 24. Oktober) schrieb Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, folgenden Leserbrief:

„Die Stadt plant die Erhöhung der Abwassergebühren von zur Zeit 1,65 auf 2,20 Mark. Nachdem zwei Jahre die Gebühren ‚auf Eis' lagen, ist diese Erhöhung um 33,3 Prozent ein starkes Stück.

Wenn man davon ausgeht, daß eine fünfköpfige Familie (mit Garten) ca. 250 cbm Wasser verbraucht, dann zahlte sie 1981 (cbm-Preis 0,65 DM) 162,50 DM. Im Jahr 1987 würde diese Familie dann 550 DM allein für Abwassergebühren bezahlen. Dazu kommen aber noch Wassergeld, Müllabfuhr, Grundsteuer evtl. auch Kindergarten und Kinderhort.

Die Stadtverordneten der SPD, CDU und GBL sollten sich gut prüfen, ob sie einer solchen Erhöhung zustimmen. Vielleicht überlegen sie sich einmal, wie hoch der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters ist und wieviel einer solchen Familie davon zum Leben bleibt.

Gebührenerhöhungen sind jedenfalls kein Mittel, die Finanznot der Kommunen zu beseitigen. Da muß schon weiter oben angesetzt werden. „Oben" wird sich aber nichts ändern, wenn sich „unten" nichts bewegt. Auch bei diesem Thema ist es notwendig, Zeichen zu setzen."

Pulverfass Rhein-Main

Frankfurt und seine unmittelbare Umgebung gehören zu den wichtigsten militärischen Zentren, deren Bedeutung innerhalb der Strategie der US-Armee und der NATO, rapide zunimmt. Dies war zu hören auf einer Veranstaltung im Frankfurter Gewerkschaftshaus, wo der Starnberger Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom darauf hinwies, daß sich zum Beispiel das 5. US-Korps, dessen Hauptquartier sich in Frankfurt befindet, „in der größten Umrüstungsphase seiner Geschichte befindet". Die Schlagkraft werde in den nächsten Jahren verdoppelt, sowohl durch Umstrukturierung, als auch durch drastische Ausweitung der Waffenkapazitäten. Die amerikanischen Verbände sollen „angriffsfähiger" werden.

Eine wachsende Bedeutung komme dabei der US-Air Base zu. Der Flughafen sei ausersehen, im Krisenfalle größter „Umschlagplatz" für Atomwaffen, wie die Neutronenbombe zu sein. Gleichzeitig sei er Hauptevakuierungsflugplatz für US-Zivilisten. Schließlich sei er, mit Zustimmung Bonns, Drehscheibe für militärische Aktionen der USA gegenüber Staaten der „Dritten Welt". Es wurde darauf hingewiesen, daß es über einhundert militärische Anlagen in und um Frankfurt am Main gibt.

Die Gegner der Startbahn West haben schon früh erkannt, daß militärische Gründe bei der Planung und beim forcierten Ausbau der Startbahn eine große Rolle gespielt haben.

Bei diesen Betrachtungen über die Bedeutung der US-Air Base müssen wir uns auch an das große Munitionslager im Langener Oberwald erinnern, das durch seine Nähe zum Frankfurter Flughafen und der günstigen Verkehrsverbindung, in die gefährlichen Planungen voll miteinbezogen ist.

Wir müssen aber auch daran denken, daß dieses Depot, in dem die gefährlichsten Atomwaffen gelagert sind, direkt vor den Toren unserer Stadt für uns eine große Gefahr bedeutet. Wir leben mitten im Pulverfaß Rhein-Main.

Heinz Hechler

Dietmar Treber, Direktkandidat der FRIEDENSLISTE in unserem Wahlkreis, am Infostand in Mörfelden.

Falsche „Bescheidenheit"

Wer die Ausführungen des Stadtkämmerers zum Thema „finanzieller Spielraum" bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für 1987 gehört hat, wo Wilhelm Jourdan mit Nachdruck die drastische Erhöhung der Abwassergebühren und der Grundsteuer B vertreten hat, dem konnte der Mann fast leid tun.
Alle wollen an „sein" Geld.
Bezeichnenderweise fand er in seinem Appell zur Bescheidenheit nur Worte an die Bürger, die bitte schön zahlen und nichts von der Stadt fordern sollten.

Mit der gleichen Vehemenz vertrat er letzthin die Bereitstellung von Mitteln für die Volkszählung 1987, von der er — wenn man der Lokalpresse glauben darf — u.a. neue statistische Daten wie die exakte Einwohnerzahl erwartet. Man fragt sich, wozu die Stadt ein Einwohnermeldeamt unterhält?
In diesem Zusammenhang war allerdings von seiner Seite kein Appell zur Sparsamkeit zu hören oder die Forderung an Bund und Land, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen — im Gegenteil wurde, wer das wollte, von ihm zum Gesetzlosen erklärt.

Daß er dabei weit hinter Forderungen der kommunalen Spitzenverbände zurückbleibt, die erst kürzlich mehr Geld von Bund und Ländern für die Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung forderten, scheint den 1. Stadtrat dabei nicht zu stören.

Mörfelden gestern

... was für ein Weihnachtsgeschenk!

Charles Talleyrand und Wilhelm Jourdan

„Niemand vermag zu sagen, wieviel politische Dummheiten durch Mangel an Geld schon verhindert worden sind." Mit diesem Satz des französischen Staatsmannes Charles Talleyrand (1754 — 1838) wollte der Stadtkämmerer seinen Zuhörern bei der Haushaltseinbringung imponieren. Besser wäre, er würde den Talleyrand-Satz ernst nehmen — bei der Volkszählung zum Beispiel.
Diese Zählerei, die am 25. Mai '87 stattfinden soll, kostet die Stadt 180.000 DM. Ein ordentlicher SPD-Kämmerer müßte eigentlich anders reagieren. So zum Beispiel:

Die Lübecker Bürgerschaft hat mit den Stimmen von SPD und Grünen auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, „unverzüglich mit Bund und Land Verhandlungen aufzunehmen, die Hansestadt Lübeck von allen Kosten freizuhalten". Die Vorbereitungen für die Volkserfassung wurden vorläufig gestoppt.

Beiläufig, eine DKP-Fraktion hätte einen solchen Antrag längst gestellt.

rh

Kohl muß weg!

Was muß sich ein Politiker eigentlich alles leisten, um sich endgültig für das Amt des Bundeskanzlers zu disqualifizieren?

Diese Frage drängt sich bei Helmut Kohl schlichtweg auf, hat er doch seit seinem Amtsantritt kaum ein Fettnäpfchen ausgelassen, in das zu treten Gelegenheit war.

Der letzte Fall, sein Vergleich der friedenspolitischen Vorschläge Michail Gorbatschows mit der Nazipropaganda eines Josef Goebbels, unterstreicht die Forderung „Kohl muß weg!" ganz massiv.

Denn dieser Koloß auf täppischen Füßen bietet nun wirklich nicht die Gewähr, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, wie es sein Amtseid verlangt.

Auch eine verlogene Erklärung des Bedauerns über die Auswirkungen seiner politischen Geschwätzigkeit, wie er sie im Bundestag abgab, kann nicht darüber hinwegtäuschen: Dieser Kanzler „denkt" so, wie er spricht, und er spekuliert, wie sein CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, auf die „schweigende Mehrheit", für die Völkerverständigung und Frieden nur gegen die Russen und die Kommunisten durchzusetzen ist. Und Kommunisten sind für diese Herrschaften alle, die politisch links von der CDU angesiedelt sind.

Alle Bürger, denen das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und ihres Volkes in der Welt am Herzen liegt, sind aufgefordert, dem entgegenzutreten!

Gelegenheit dazu gibt es vielfach im außerparlamentarischen Kampf gegen die rechte Wendepolitik.

Und am 25. Januar 1987, wenn der Bundestag neu gewählt wird!

Da gilt es, jede Stimme gegen die CDU zu mobilisieren: Kohl muß weg, damit der Weg für eine neue Politik frei wird!

GS

Die Zeitung der arbeitenden Menschen. Zeitung der DKP.

Verkauf jeden Samstag am „Dalles" und am „Minimal"!

DIE FRIEDENSLISTE

Die Friedensliste kandidiert zum ersten Mal zu einer Bundestagswahl. Wer ist überhaupt die Friedensliste und was will sie?

Die FRIEDENSLISTE kandidiert erstmals zur Bundestagswahl, aber nicht erstmals zu Wahlen überhaupt. Gegründet hat sie sich 1984 anläßlich der EG-Wahlen und bekam auf Anhieb 1,3 % der Stimmen. Die FRIEDENSLISTE ist keine Partei. Sie ist ein Personenbündnis von Menschen, die vor allem aus der Friedensbewegung, aber auch aus anderen demokratischen Bewegungen kommen. Zentrales Anliegen der FRIEDENSLISTE: Auch bei Wahlen die Frage des Überlebens der Menschheit, die Frage des Erhalts des Friedens zu einer wahlentscheidenden Frage zu machen; zusätzlichen Druck auszuüben auch im parlamentarischen Raum für die Forderungen der Friedensbewegung. Wir wollen Abrüstung auf Erden und keine Militarisierung des Kosmos. D.h. für die Bundesrepublik vor allem: Kündigung des SDI-Abkommens, raus mit Cruise Missiles und Pershing II, Stopp und Senkung des Rüstungshaushaltes.

In der FRIEDENSLISTE arbeiten u.a. mit: Professor Uta Ranke-Heinemann, Professorin für katholische Theologie in Essen; Karl- Heinz Hansen, Ex-SPD-Bundestagsabgeordneter, Demokratische Sozialisten; Ewald Lienen, Bundesligaspieler bei Borussia Mönchengladbach; Professor Hans-Willem Confurius, Liberale Demokraten; Helga Genrich, Informatikerin, Informatikerfriedensinitiative; Werner Sanß, Pfarrer, Superintendent i.R., parteilos, DFU; Uli Schmitz, Betriebsrat bei Hoesch, Betriebliche Friedensinitiativen; Uwe Knickrehm, DKP. In der FRIEDENSLISTE haben sich Christen, Sozialisten, Liberale, Kommunisten, einzelne Sozialdemokraten und GRÜNE, mehrheitlich aber Parteilose zusammengeschlossen.

Zur Ablösung der Wende-Regierung kommt es doch auf jede Stimme an. Warum kandidiert die Friedensliste da überhaupt? Sollte sie nicht zugunsten von SPD und GRÜNEN verzichten?

Die FRIEDENSLISTE hat sich bei dieser Bundestagswahl bewußt für eine Art der Kandidatur entschieden, die zweierlei ermöglicht:

1. Druck zu machen mit Stimmen für konsequente Kandidatinnen und Kandidaten für eine neue Politik, für Frieden und Abrüstung. Das sind die Stimmen für die Direktkandidatinnen und Kandidaten der FRIEDENSLISTE, die man in jedem Wahlkreis mit der Erststimme wählen kann.

2. Die Zweitstimme einzusetzen zur Abwahl der Wende-Regierung, d.h. für die Landeslisten der GRÜNEN oder der SPD zu stimmen.

Die FRIEDENSLISTE ermöglicht so eine Stimmabgabe mit doppelter Wirkung: Die Erststimme als politische Demonstrationsstimme, fast wie bei Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung und, da die FRIEDENSLISTE gegenwärtig nicht damit rechnen kann über die undemokratische 5-%-Hürde zu kommen: Mit der Zweitstimme, das ist die Stimme, die über die Zusammensetzung des Bundestages entscheidet, die Landeslisten der GRÜNEN oder der SPD zu wählen. Verzicht auf die Direktkandidaten der FRIEDENSLISTE würde bedeuten: Weniger Druck für Abrüstung und eine neue Politik, weniger konsequente Stimmen für Frieden und Abrüstung im Wahlkampf wie auf dem Stimmzettel.

Tunnellösung Warum eigentlich nicht ?

Jeder weiß es, die Rüstungskosten sind im Grunde unerträglich – im Westen und im Osten. Gerade deswegen registrieren viele Menschen mit Erleichterung und Freude die Abrüstungsinitiativen Gorbatschows und ärgern sich über Reagan, der die Weltraumbewaffnung der US-Rüstungsprofiteure durchsetzen will.

Viele Bürger können sich allerdings keine Vorstellung machen, was moderne Waffen heute kosten.

Beispiele: 1 Fregatte – 470 Mill. DM; 1 Hubschrauber – 3,5 Mill. DM; 1 Flak-Panzer – 9,8 Mill. DM; 1 Feldhaubitze – 2 Mill. DM; man kann diese erschreckende Liste unendlich fortsetzen.

Das alles fiel mir ein, als ich in der Zeitung die Berichte über die geplante Schnellbahntrasse las. Heute, so kann man lesen, passieren schon 200 Züge täglich die Strecke. Nach einem Ausbau sollen es 260 bis 300 seln, die mit erhöhter Geschwindigkeit durch die Stadt rauschen.

In Walldorf wird dabei überhaupt nicht an Lärmschutz gedacht, in Mörfelden denkt die Bahn an zwei Meter hohe Wände und Doppelfenster.

Nun lassen sich das die betroffenen Bürger unserer Stadt, Gott sei Dank, nicht so einfach gefallen. Immerhin sind wir ja gerade genug umweltgeschädigt. Die Aktionsgemeinschaft gegen die Schnellbahntrasse (AGS) erklärte deshalb, daß diese Strecke im Wohnbereich unter die Erde gehört. Und die aktive AGS legte diesen Vorschlag auch der Bundesbahn vor. Dort aber hieß es, technisch ist das machbar, aber so was kostet 280 Millionen Mark.

Na, und – kann ich da nur sagen. Der Systempreis eines Tornado-Bombers (322 Exemplare hat die Luftwaffe) liegt bei 100 Mill. Mark – pro Stück versteht sich. Die Tunnellösung würde also noch keine drei dieser Todesvögel kosten! Man darf darüber nachdenken.

Rudi Hechler

Die Bürger sollten sich über die Schnellbahnpläne informieren

Seit die Pläne der Bundesbahn für den Ausbau der Schnellbahnstrecke Frankfurt – Mannheim ins Gespräch gekommen sind, wächst auch in unserer Stadt der Unmut bei Bürgern und Organisationen gegen diesen weiteren Lärmangriff im Wohngebiet.
Die von der Bahn wohl vorgesehene und von Bürgermeister Brehl in einer Bürgerversammlung angekündigte Informationsveranstaltung zur Vorstellung des Bauvorhabens soll am 11. Dezember '86 stattfinden. Aber es ist schon jetzt klar, daß die Ausbaupläne neue Belastungen für die ohnehin leidgeprüften Einwohner bedeuten, wenn mehr und schnellere Züge durch die Ortsteile rauschen.
Es ist vor allem ein Verdienst der von Bahnanliegern gegründeten „Aktionsgemeinschaft gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke (AGS)", die schon viele Informationen über die Ausbaupläne und ihre Folgen zusammengetragen und veröffentlicht hat, aber auch Vorschläge erarbeitet hat, größtmöglichen Lärmschutz für die betroffenen Bürger durchzusetzen, daß die Bürger unserer Stadt nicht unvorbereitet in die Auseinandersetzung mit der Bundesbahn gehen, die sich schon absehen läßt.
Denn die Bahn sieht bisher nur minimale Lärmschutzmaßnahmen in einem Teilbereich Mörfeldens vor.
Die AGS fordert dagegen eine Tunnellösung im Wohnbereich, um optische und akustische Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Ob eine solche Lösung durchgesetzt werden kann, wird in hohem Maße davon abhängen, ob sich die Bürger unserer Stadt und ihre Organisationen gemeinsam für diese Forderung stark machen.
Bei der bevorstehenden Informationsveranstaltung wird dazu Gelegenheit sein!

Wohnungspolitik?

Im September hat Bürgermeister Brehl einen Raum im Jugendzentrum Mörfelden requiriert, um einem behinderten Bürger eine Wohnung nachzuweisen. Der allerdings lehnt dieses „Notquartier" ab. Seit Wochen kann der Raum nun schon nicht für die Jugendarbeit genutzt werden, nur damit die Stadtverwaltung bei etwaigen Auseinandersetzungen auf ihr „Angebot" verweisen kann, das nach wie vor zur Verfügung steht. Eine saubere Lösung – aber nur für die Verwaltung, die meint, damit ihrer Verantwortung zu genügen – auf Kosten der Betroffenen.
Vor allem der Stellenwert des Jugendzentrums und der offenen Jugendarbeit für die Damen und Herren in Verwaltung und Stadtparlament wird damit unterstrichen. Vielleicht kommt dieses Thema bei der nächsten Aussprache über Jugendhilfeplanung mal zur Sprache.

GS

Bachbesichtigung

Die SPD machte einen Ausflug und besichtigte verschiedene Gewässer. Forstamtmann Dammel meinte anschließend, um die Bäche in der Gemarkung sauber zu halten, seien mindestens 20 Mill. Mark nötig. Die Bürger müßten dann auch bereit sein, dies durch höhere Gebühren mitzutragen.
Uns hätte besser gefallen, wenn der Forstamtmann gesagt hätte: „Es ist höchste Zeit, daß hier etwas geschieht. Aber wenn die in Bonn weiterhin so das Geld den Reichen in den Rachen werfen und für die Rüstung verpulvern, wird es am Gundbach weiter stinken!"
So isses nämlich, Hermann!

rh

Guter Tip?

Seit Monaten hängt im Fenster der Jugend- und Drogenberatungsstelle in der Hermannstraße ein Plakat, das Fixer auffordert, Nadeln nur einmal zu benutzen, da sonst die Gefahr einer AIDS-Infektion droht.
Nun entzieht es sich zwar meiner Kenntnis, wieviel Betroffene im Ort davon angesprochen werden. Allerdings glaube ich nicht, daß mit derlei „Tips" einem Heroin-Abhängigen geholfen ist. Und ich halte es auch für fraglich, ob damit in der Bevölkerung Verständnis für die Probleme Drogenabhängiger geweckt wird. Die Berater wären deshalb gut beraten, ihre Sichtwerbung zu überprüfen.

Gerd Schulmeyer

Mitglied werden in der DKP!

Anrufen: 3859 oder 24270

Die DKP-Mörfelden hat begonnen, Schilder, die auf die „Atomwaffenfreie Zone" hinweisen, anzubringen. Sie verteilte dabei folgende Erklärung:

Mit dieser Aktion protestieren wir entschieden gegen die Provokation des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hugo Jung und die Anweisungen des willfährigen Landrats, Willi Blodt.

Die CDU konnte den Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit, nach dem unsere Stadt sich symbolisch zur atomwaffenfreien Zone erklärte, nie verwinden. Da sie die Mehrheit im Parlament nicht hat, versucht sie, mit formaljuristischen Attacken zum Ziel zu kommen. Umso beschämender ist, daß sie in einem SPD-Landrat ein ausführendes Organ findet.

Gerade nach Reykjavik halten wir verstärkte Friedensaktivitäten für notwendig. Wir begrüßen deshalb die Übereinkunft von SED und SPD, einen atomwaffenfreien Korridor in Europa zu schaffen.

Wir meinen: Vor allem auch auf örtlicher Ebene muß jetzt die Friedensbewegung stärker und aktiver werden. Aufgaben gibt es genug. Allein im Kreis Groß-Gerau und an den Kreisgrenzen gibt es zahlreiche militärische Einrichtungen. Dazu soll jetzt noch das NATO-Depot in Biebesheim kommen, das für 250 Rad- und Kettenfahrzeuge und 500 Tonnen Material ausgelegt ist.

Würde die Kreis-SPD ihre Nürnberger Parteitagsbeschlüsse ernst nehmen, dann würde sie energisch gegen diese Pläne kämpfen, dann würde sie sich auch gegen einen SPD-Landrat wenden, der mit seinen „Anweisungen" der Friedensbewegung in den Rücken fällt.

Die Schilder „Atomwaffenfreie Zone" an den Stadteingängen sind kein wertloses Blech, sie dokumentieren den Friedenswillen der Bevölkerung. Sie wurden vor allem auch in unseren Partnerstädten Vitrolles und Wageningen mit großer Sympathie beachtet.

Wir erwarten von der SPD, daß sie nicht formaljuristisch argumentiert, sondern politisch für friedenspolitische Beschlüsse der Stadtverordnetenmehrheit kämpft.

Wir erwarten von Bürgermeister Brehl, daß er unverzüglich dafür sorgt, daß die Beschlüsse der Stadtverordneten-Mehrheit erfüllt werden.

Politische Dummheit

Es wird immer deutlicher, daß die Verfügung des Landrates Willi Blodt an den Bürgermeister unserer Stadt, die Schilder „Atomwaffenfreie Zone" zu entfernen, eine politische Dummheit war. Anscheinend hat er dies mittlerweile eingesehen, denn inzwischen teilte er mit, daß er gegen die Schilder in einem anderen Farbton nichts einzuwenden hätte.

Man muß sich fragen, warum dann der ganze Zirkus. Warum hat er nicht anstelle einer amtlichen Verfügung den kurzen Dienstweg eingeschlagen und seinem Genossen Brehl empfohlen, andere Schilder aufzustellen. Es hätte ihm und der SPD des Kreises sicherlich viel Ärger erspart. Aber Willi Blodt ist halt kein politischer Landrat – ja man muß ihm sogar die Fähigkeit absprechen, solche Angelegenheiten im Interesse der Sache zu lösen und den Machenschaften des reaktionären CDU-Mannes Jung energisch entgegenzutreten.

HH

Mörfelden gestern

Bilder

Gebabbel

Erinnerungen

Auf fast 300 Seiten gibt es 160 großformatige Fotos vom alten Mörfelden und ein Dialektwörter-Anhang.

Das Buch hat eine begrenzte Auflage und kostet 16,- Mark.

Noch ist es erhältlich in Buchhandlungen und bei allen Mitgliedern der DKP Mörfelden.

Der Nikolaus kommt
für die „Jungen Pioniere"
und ihre Freunde

Am Samstag, 6. Dez. '86
um 15 Uhr
im Bürgerhaus Mörfelden

Alle interessierten Kinder
und die Eltern
sind herzlich eingeladen.

DKP MÖRFELDEN und
DIE „JUNGEN PIONIERE"

Mörfelden gestern

Eine der letzten Aufnahmen der Oberförsterei im Zentrum von Mörfelden, die vor bald 15 Jahren, im Februar '72, abgerissen wurde. Der schöne Park rings um das Gebäude mit sehr vielen alten Bäumen mußte dem neuen Rathaus, der Mörfelder Volksbank und dem Co-op-Markt weichen. Das Gelände wurde schon öfter an dieser Stelle im „blickpunkt" besprochen, und trotzdem fasziniert einen immer wieder der Anblick der alten Bäume und des alten Forsthauses. Der Beschluß zum Abriß wurde seinerzeit gegen die Stimmen der DKP im Stadtparlament gefaßt und damit die Möglichkeit vertan, im Zentrum unserer Stadt eine ansehnliche Grünfläche zu erhalten.

Unser heutiges Bild könnte im November aufgenommen sein. Die dunklen Äste der Bäume vor dem grauen regenverhangenen Himmel, lassen bei dem Gedanken, daß sie der Motorsäge zum Opfer gefallen sind, Traurigkeit aufkommen. Eine Traurigkeit, die viele verspüren bei der Erinnerung an die Rodung des herrlichen Waldes für die „Startbahn West". – Auch damals war November.

Verantwortlich: Rudi Hechler, Hochstraße 22, 6082 Mörfelden; Druck: Eigendruck